

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Abnahme im Voraus für sechs Monate 12,50 M., im Voraus zahlbar. Für Postbestellungen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preis von 12,50 M. für Deutschland und Oesterreich, 15 M. für die übrigen Länder. Abnahme und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 832-36 und 9768.

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Abnahme im Voraus für sechs Monate 12,50 M., im Voraus zahlbar. Für Postbestellungen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Preis von 12,50 M. für Deutschland und Oesterreich, 15 M. für die übrigen Länder. Abnahme und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 832-36 und 9768.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die Eintreibung Sowjetrußlands.

Doch das amtliche Frankreich die Polen bei ihrem Vorstoß gegen Sowjetrußland nicht nur mit seinen Sympathien, sondern sehr werttätig unterstützt, sieht fest. Zahlreiche französische Offiziere führen die polnischen Truppen, französische Geschütze und französische Munition stehen den Feinden der Bolschewiki in reichlichem Maße zur Verfügung. Die herrschenden Klassen Frankreichs verfolgen ein doppeltes Ziel: Sie wollen im Osten einen starken Verbündeten haben, der mithilft, Deutschland in Schach zu halten, und sie wollen die Gefahr der Weltrevolution und der Ausbreitung der sozialistischen Ideen durch Niederwerfung der Sowjetrepublik bannen. Solange sie hoffen konnten, diese beiden Absichten mit Hilfe der reaktionären Generale des alten Rußland zu erreichen, liebten sie Kollaboration und Denikin ihren Beistand. Jetzt haben sie sich Polen zugewandt und fördern die größtmöglichen Pläne dieses jungen Staates, obwohl sie wissen, daß sie damit den Wünschen ihrer früheren Schützlinge entgegenarbeiten, die die Wiederherstellung von Großrußland und die Vernichtung der Selbständigkeit der Randstaaten einschließlich der polnischen Republik erstreben.

Auch über Amerikas Haltung sind wir einigermaßen genau unterrichtet. Die Vereinigten Staaten haben sich nach ihrer Versicherung aus den europäischen Angelegenheiten vollständig zurückgezogen, aber das hindert sie nicht, den Polen mit Munition und Luftstreitkräften beizuspringen. Die Absicht ist hier nicht so klar wie bei Frankreich, und wir können nur vermuten, daß das amerikanische Kapital in der Ukraine, wenn sie unter polnischer Oberherrschaft steht, günstigere Anlagebedingungen erhofft, als in einem Lande, das von einer grundsätzlich kapitalfeindlichen Regierung kontrolliert wird.

Außerordentlich undurchsichtig ist die Politik Englands. Die englische Regierung erklärt offiziell ihre Uninteressiertheit. Sie habe von den polnischen Angriffabsichten nichts gewußt und sie noch weniger gefördert. Sie ist aber auf der anderen Seite weit davon entfernt, sich ins Mittel zu legen und den Friedensstörern ein Halt zu setzen. Sie beschränkt sich nach der zutreffenden Charakterisierung durch die liberalen „Daily News“ auf die Vitalität, ihre Hände in Unschuld zu waschen. Um diesen kläglichen Versuch, sich aus der Affäre zu ziehen, voll zu würdigen, muß man sich die Pfoten vergegenwärtigen, die das englisch-russische Verhältnis in der letzten Zeit durchlaufen hat.

Nach seiner Rückkehr aus San Remo beteuerte Lloyd George, die Konjunktur der Verbündeten habe auf neue den Beschluß bestätigt, nach dem der Handel mit Rußland eröffnet werden solle, und ihm jede Erleichterung in Aussicht gestellt. Tatsächlich fand seit dem 16. Januar, an dem der Beschluß zum ersten Male bekannt wurde, keine Waren mit Rußland ausgetauscht worden. Tatsächlich liegen im Finnischen Meerbusen noch englische Minensfelder, und mit russischen Produkten beladene Schiffe können nicht aus Petersburg auslaufen.

Nun aber, nachdem in San Remo angeblich die Bereitwilligkeit zur Aufknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen wiederholt worden ist, hat England plötzlich Bedenken, mit dem amtlichen russischen Vertreter Litwinoff in Verbindung zu treten, um zu einem die Einzelheiten regelnden Abkommen zu gelangen. Der Grund der Ablehnung ist mehr als fadenförmig. Litwinoff soll sich als Beauftragter der Sowjetregierung seinerzeit in London durch eine politische Agitation Verdienste gegen die Regeln des diplomatischen Verkehrs haben zuschulden kommen lassen. Nun war Litwinoff erstens als Gesandter von der englischen Regierung nicht anerkannt, und zweitens könnten seine vormaligen „Verbindungen“ kein ernsthaftes Hindernis für Verhandlungen bilden, wenn die maßgebenden Stellen sie wirklich ernsthaft wollten. Aber dieser Wille scheint eben zu fehlen, und der Widerspruch zwischen Worten und Handlungen tritt auch auf anderen Gebieten der englischen Diplomatie zutage.

Als Nachfolger Denikins kommandiert in Südrussland der Herr von Wrangel, ein General finnischer Herkunft. Ihm haben die Engländer sehr viel Wohlwollen bewiesen und seine Truppen bei ihrem Rückzug vor den Roten schützend aufgenommen. Sie bekräftigten ihr Entgegenkommen mit Rücksichten der Menschlichkeit, da die Soldaten von allem Notwendigen entblößt, sich in einem erbarmungswürdigen Zustande befanden. Aber die Weißgardisten schienen sich schnell erholt zu haben und der General Wrangel hat vor kurzem mit stolzen Worten einen neuen Feldzug gegen das bolschewistische Rußland angekündigt, merkwürdigerweise kurz nachdem von der englischen Regierung an die Russen die Aufforderung ertönen war, in

#### Wortbruch und Verrat!

##### Die Schreckensherrschaft der außerordentlichen Kriegsgerichte.

Aus Essen wird und geschrieben: Es steht einwandfrei fest, daß die Regierung ihre in Violesfeld und Münster gegebenen Versprechungen nicht gehalten hat. Die Folge ist, daß die aus reaktionären Elementen zusammengesetzten außerordentlichen Kriegsgerichte und der von denselben Kreisen gehandhabte Belagerungszustand zu einem systematischen Vernichtungskampf und zu einer schrankenlosen Vergewaltigung der linksstehenden Arbeiterparteien benützt werden. Die Kriegsgerichte verurteilen jeden, der an der Abwehr des Rapp-Putschs beteiligt war, zu den härtesten Strafen. Er braucht an den eigentlichen Kämpfen nicht teilgenommen zu haben, sondern es genügt für diese Schreckensklammern, wenn der Arbeiter überhaupt eine Waffe getragen hat und lediglich im Sicherheitsdienst, zur Bewachung von Bahnhöfen und Lebensmittellagern, tätig war. Sechs Monate Gefängnis ist die mindeste Strafe, die die außerordentlichen Kriegsgerichte verhängen. Es sind aber auch schon Hundstundeurteile von zwei bis vier Jahren verhängt worden gegen Arbeiter, die lediglich im Sicherheitsdienst tätig waren.

Nach dieser Praxis müßten nun auch eigentlich Tausende von Rechtssozialisten, Demokraten und Zentrumsarbeiter in die Gefängnisse wandern, denn auch sie waren an der Abwehr des Rapp-Putschs beteiligt. Das geschieht aber nicht, sondern es wird nur gegen die Mitglieder der U.S.P.D. und der R.P.D. vorgegangen. Nach einer Verfügung des Wehrkreiskommando 6 ist den Kriegsgerichten sogar befohlen worden, alle rechtssozialistischen Arbeiter aus der Haft zu entlassen, soweit ihnen nicht die Teilnahme an einem gemeinen Verbrechen nachgewiesen werden kann. Die Folge davon ist, daß unsere gesamte Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet lahmgelegt wird. In manchen Bezirken sind sämtliche Funktionäre unserer Partei verhaftet. Vor den Urteilen der militärischen Schreckensklammern entgehen will, ist gezwungen, zu fliehen.

Einige Tatsachen! In den Kreisen Duer und Redling-

hausen ist nur noch unser Parteisekretär tätig. Auch er wurde anfänglich verhaftet, ist aber dann wieder freigelassen worden, angeblich, weil ihm Kommunisten während der Unruhen mit dem Tode bedroht haben sollten! Die unterschiedslose Verhaftung sämtlicher unabhängiger Magistratsmitglieder und Stadtverordneten in Duer ist nur dadurch verhindert worden, daß Bürgermeister und Magistrat mit der Einstellung ihrer Tätigkeit drohten. Daß die flüchtig gemordeten Genossen mit Recht eine rücksichtslose Vergewaltigung durch die Reichswehr und die Kriegsgerichte befürchten, geht einwandfrei daraus hervor, daß der Reichskommissar Severing unserem Bezirksvorsitzenden Herwig selbst empfohlen hat, nicht zurückzutreten, ebenso daraus, daß die Reichswehr es mehrfach abgelehnt hat, irgendwelche Erklärungen für die Sicherheit unserer führenden Genossen abzugeben. Dazu paßt, daß Severing dem Genossen Ernst aus Gagen bereits in Münster auf dessen Vorstellungen hin gesagt hat: Er könne nichts machen gegen die Reichswehr, da er nicht die Macht dazu habe.

Wir fragen: Hat die Regierung auch heute noch nicht die Macht, dem Willen der Kriegsgerichte durch ihre Besetzung Halt zu gebieten, den Belagerungszustand aufzuheben und ihre Versprechungen endlich zu erfüllen? Dann möge sie das offen sagen, sonst bleibt es als Tatsache bestehen, daß mit ihrem Einverständnis die Angehörigen der Linksparteien rechtswidrig verhaftet und bestraft werden, daß es der Wunsch der Regierung ist, die linksstehenden Arbeiterorganisationen zu zertrümmern, ihnen die Führer zu rauben, damit bei den Wahlen ein für sie günstiges Ergebnis zustande kommt.

Eine Regierung, die Wahlen unter dem Belagerungszustand vornehmen läßt, macht sich des schlimmsten Antidemokratismus und der übelsten Wahlbeeinflussung schuldig. Bei den jetzigen Verhältnissen ist eine Wahlfähigkeit der U.S.P.D. in manchen Bezirken des Ruhrgebiets so gut wie unmöglich gemacht. Die Regierung hat sich bereits des Wortbruchs und des Verrats an ihren Wählern, den Arbeitern des Ruhrgebiets, schuldig gemacht. Wir fragen sie noch der nichtmündlichen Wahlbeeinflussung an, wenn sie den Belagerungszustand nicht sofort aufhebt und den Genossen des Proletariats, den außerordentlichen Kriegsgerichten, nicht schnellstens das Handwerk legt.

Waffenstillstandsverhandlungen mit ihm einzutreten, und Moskau sich mit den von England gestellten Bedingungen einverstanden erklärt hätte. Zu gleicher Zeit hatten englische Kriegsschiffe russische Häfen am Schwarzen Meer bombardiert und auch damit eine sehr wertvolle Illustration zu den auf die Herstellung geordneter Beziehungen gerichteten Bestrebungen Lloyd Georges geliefert.

Endlich sind auch die Beziehungen Englands zu den Unternehmungen Japans im fernem Osten mehr als verwickelt. Die Japaner haben bekanntlich Wladimostok besetzt und ziehen immer neue Verstärkungen heran. Ihr General hat nach einer Neutermeldung erklärt, er handele nicht auf einen Kauf, sondern die Politik seines Landes habe die Zustimmung der Verbündeten, d. h. also auch die Großbritanniens. Man redet also von Frieden und freundschaftlichen Beziehungen und handelt kriegerisch.

Die Frage ist nur die, ob das Reden oder das Handeln der amtlichen englischen Politik entspricht. Genosse Traillford hat dieser Tage im „Daily Herald“ die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Lloyd George persönlich im Innersten seines Herzens Anhänger einer Verbindung mit Rußland sei. Aber England habe nicht eine russische Politik, sondern drei verschiedene. Und der Ministerpräsident behüte nicht den Willen und die Kraft, seine Absichten zu verwirklichen. Antibolschewistisch: Nebenregierungen seien am Werke und Lloyd George, der ursprünglich noch einer neuen Mehrheit suchte, die ihn im Parlament hätte, wage nicht auf seinen Grundfragen zu bestehen. Diese Schilderung stimmt durchaus überein mit dem Bilde, das sich uns ganz allgemein von den Demagogen an der Spitze der englischen Regierung darbietet. Ein führender liberaler Politiker Englands antwortete uns dieser Tage auf eine Frage nach den Absichten, die Lloyd George für Deutschland hege, noch einigem Ärgern: „Er wird immer das tun, womit er gerade glaubt seine Stellung am besten zu befestigen.“ Das gilt auch von seiner Politik gegenüber Rußland. Er unterwirft sich den englischen Militaristen und Imperialisten, die die Bolschewiki von Innerasien ablenken wollen und gleichzeitig, genau wie die fran-

zösische Kapitalisten, darauf aus sind, der sozialistischen Welle einen Damm entgegenzusetzen.

Sie finden, wie wir wissen, wohlwollende und hilfshbereite Männer auch in Deutschland, und zwar auch dort an omländischen Stellen. Der Imperialismus und der Antisozialismus der ganzen Welt wuchert gegen das sozialistische Rußland mobil. Die Aufgabe der Arbeiter der ganzen Welt ist es, den verbrecherischen Anschlag zum Scheitern zu bringen.

#### England der Aufreißer Polens.

T. U. Frankfurt a. M., 12. Mai

Wie der Gothaer Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ von gut unterrichteter Stelle erzählt, ist die polnische Offensive gegen Sowjetrußland in Posen seit längerer Zeit erwartet worden. Ueberrascht ist man nur von der Haltung der englischen Regierung, die früher gegen eine solche Offensive war und sie jetzt durch ihre Unterstützung überhaupt erst möglich gemacht hat. England wird sogar als die eigentliche treibende Kraft angesehen.

Die Sowjetregierung ist deshalb auch sofort zu einer Gegenaktion im Kaukasus gezwungen. Indem sie im Hauptquartier Baku die Wägen vorbereitet, aber wegen der Verhandlungen mit England anzuordnende Proklamation einer Absperrung vornehmlich und Sowjettruppen einschließen ließ, Moskau ist entschlossen, zunächst das ganze Kaukasusgebiet in seine Gewalt zu bringen. An der polnischen Front wird man sich gegenwärtig auf die Defensiv beschränken. Graff Löw, der schon vorher Berater der obersten russischen militärischen Leitung war, ist mit der Aussarbeitung eines Plans für die Gegenoffensive betraut worden. Er wird voraussichtlich zum Chef des Generalstabes mit weitgehenden Vollmachten ernannt werden. Man rechnet mit einem langjährigen Kriege, dessen Ausgang jedoch für eben so sicher wie die Vernichtung der Armeen Solchals und Denikins angesehen wird. Ein Teil der Moskauer Garnison ist an die polnische Front abgezogen.

# Wie republikanische Treue belohnt wird.

## Geldprämien für Verbrecher — den Hungertod für Republikaner.

Die Geschichte der Wachabteilung der Kommandantur überlegt am trefflichsten das Geschick des Kates, er habe keine republikanischen Truppen für die Reichswehr bekommen können und sei deshalb darauf angewiesen gewesen, in die neue Reichswehr alles aufzunehmen, was sich ihm angeschlossen habe. Die Wachabteilung der Kommandantur ging aus der früheren republikanischen Soldatenwehr hervor. Sie bestand in der Hauptsache aus verheirateten organisierten Arbeitern, die der Regierung seit November 1918 die Treue hielten und die sich auch im Januar und im März 1919 für die Regierung erklärten. Als im März 1919 die republikanische Soldatenwehr aufgelöst wurde, bildete sich aus den letzten Resten die Wachabteilung, die der Kommandantur zur Verfügung stand. Die Truppe hat sich während des ganzen verflochtenen Jahres trefflich bewährt. Sie hatte eine besondere Kriminalabteilung, die sich mit der Verfolgung von Schlägern und Verbrechern befaßte, und der es gelang, der Regierung Millionenwerte von verfallenen Oesterreich zu retten. Als der Kattlunabenteurer begann und in Berlin die Niederlagen Werbungen einleitete, als mit Hilfe militärischer Dienstreuen Revolution, Artillerie, Kränzel, Welleidungsgegenstände und Granat nach dem Osten verschoben wurden, da war es die Wachabteilung der Kommandantur, die als einzige zuverlässige Truppe in Berlin dem Verfallsstempel zu Leibe rückte, die Verbrechen ausübte und die Bestände ganzer Bataillons- und Regimentskammern vor der Verfallung rettete.

Durch ihre intensive Arbeit gegen das Volksumruhrer hat sich die Wachabteilung den bitteren Haß des Generals Düttlich und seiner Offiziersklientele zugezogen. Diese überließen das Volksumruhrer mit allen Mitteln, und aus Mache über die Bildung durch die Wachabteilung setzten sie es durch, daß die Wachabteilung am 1. Januar 1920 aufgelöst wurde. Mehr als 2000 Soldaten, die fast alle den Gehalt mitgemacht hatten, wurden zum Dank für ihre republikanische Gesinnung und für ihr verfassungstreu Verhalten auf die Straße gesetzt, und die meisten von ihnen sind bis heute auf der Arbeitslosenunterstützung angewiesen, müssen also, da sie verheiratet sind, regelrecht hungern. Die Abwärtung stellen weigern sich sogar, den Angehörigen der Wachabteilung die Treuprämie auszugeben. Alle Schritte, die bisher unternommen wurden, um in den Besitz dieser Prämie zu kommen, waren erfolglos. Die Soldaten gehörten meistens der S. P. D. an. Sie wandten sich deshalb mit einer Eingabe an die Fraktion dieser Partei und baten sie, bei der Regierung die Auszahlung der Treuprämie zu erwirken. Auch hier hatten sie keinen Erfolg; die Eingabe ging in der Fraktion — verloren. Die Erbitterung unter den früheren Mannschaften der Wachabteilung über das Verhalten der Regierung ist um so größer, als sie selbst erfahren mußten, daß der Reichswehrminister Geiler durch eine Verfügung im Heeresverordnungsblatt anordnete, den Volksumruhrer bei ihrer Entlassung die Treuprämie auszugeben. Hochverräter und Verbrecher, die Deutschland um Millionen geschädigt und betrogen haben, werden also durch eine Extrazahlung belohnt. Republikanische Truppen müssen zum Dank für ihre Treue am Hungertode nagen.

Am Montag abend hatten die Mannschaften der früheren Wachabteilung in Kleins Festhale eine Versammlung einberufen, in der sie noch einmal ihre berechtigten Klagen gegen die Regierung vortrugen. Sie haben aber die Hoffnung aufgegeben, daß ihnen von dieser Seite noch irgendwie Recht widerfahren wird. Kamerad Leppin sagte im Namen des Ausschusses, daß er wieder mit leeren Händen vor die Kameraden treten müsse. Von der Regierung sei nichts mehr zu erwarten. In der Diskussion rollten Rüttel, Schütte und Winter noch einmal die Entlassung der republikanischen Soldatenwehr auf. Sie wiesen darauf hin, daß diese Truppe es gewesen sei, die reichslos altsächsischen Minister in ihre Seffel gehoben hätte, um dann von denselben Männern fallen gelassen zu werden. Die rechtssozialistischen Minister hätten nichts dagegen eingewandt, wenn meuternde Truppen und abenteurerische Offiziere überreichlich mit Lebensmitteln, Geld und Gehalt versehen würden. Sie belägen zu ihrem Solde noch die Treuprämien, und jetzt solle ihnen sogar Land für Siedlungszwecke zugewiesen werden. Die republikanischen Soldaten aber seien unter Zustimmung der Regierung auf die Straße gesetzt und mit ihren Familien der bittersten Not preisgegeben worden. Die rechtssozialistischen Minister hätten keine sozialdemokratischen Grundzüge mehr. Geiler unterschleibe sogar Todesurteile gegen Arbeiter, während die wahren Verbrecher — Karlow, Düttlich, Ehrhardt, Ludenborff — die volle Freiheit genießen können.

Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Versammlung erklärte, geschlossen zur S. P. D. überzutreten, da die alte sozialdemokratische Partei für alle wahren Republikaner nicht mehr in Betracht kommen könne. Die Versammlung erleben nun nehm die Forderung, daß ihnen endlich die Treuprämie ausbezahlt werde. Von dieser berechtigten Forderung wollen sie unter keinen Umständen abweichen.

## Die „rote“ Armee kommt!

In der nationalsozialistischen Presse wurde vor einigen Wochen ein großes Geschrei erhaben, als bekannt wurde, daß die Regierung in Döberich eine „unbedingt zuverlässige“ Reichswehrbrigade zusammenstellen wolle. Nach hevor es zur eigentlichen Bildung der Truppe gekommen war, wurde sie ganz allgemein als „rote Armee“ gekennzeichnet, und die Nationalisten sahen in ihr schon den Anfang zum bolschewistischen Sturz.

Inzwischen ist es in der nationalsozialistischen Presse merklich ruhiger geworden. Die Herrschaften wissen, daß die in Döberich unter Führung des früheren preussischen Kriegsministers Reinhard zusammengestellte Truppe für die monarchistischen Bestrebungen absolut keine Gefahr bilden wird. Die Brigade wird nämlich nicht aus zuverlässigen Teilen der Reichswehr zusammengesetzt, bezieht sich nicht etwa jene Elemente, die am 18. März der Regierung den Gehorsam nicht verweigerten, sondern sie wird gebildet aus den konterrevolutionären Formationen, die sich monatelang der Verehrung widersetzen, deren Führer mit Hauptmann Voss und Leutnant den Hauptmann vorbereitet und die am Repp-Putsch selber aktiv beteiligt waren und am 13. März gegen die Regierung zu Leibe zogen. Nach den uns vorliegenden zuverlässigen Nachrichten werden bei der Bildung der Brigade in erster Linie die Monarchisten Ehrhardt und Döwenzfeld, Teile der Freikorps Hübow und Kulo und vor allem das verächtliche Freikorps Epp aus München herangezogen.

Es gab einmal 8 Punkte, aufgestellt von den Gewerkschaften und von der Regierung anerkannt als Grundlage für den Abbau des Generalstreiks. Darin hieß es u. a. auch, daß sich die Regierung verpflichte, alle konterrevolutionären Formationen aufzulösen. Die Regierung hat diesen Pakt so aufgefaßt, daß konterrevolutionär alle diejenigen Formationen sind, die nicht auf dem Boden der Verfassung von 1871 stehen.

Sie verfaßen deshalb der Auflösung, während die mit hohem Fleiß an dem Wiederaufbau des Kaiserreichs arbeitenden Freikorps befristet, verschmolzen und zu einer Schuppkard der Verfassung von 1871 ausgebaut werden. So sorgte die Regierung eifrig dafür, daß der nächste Putsch nicht mißlingt. Die „rote“ Armee in Döberich wird sicher für ein gutes Gelingen Sorge tragen.

## Werbungen für Meuterertruppen.

Für die Meuterertruppen im Munsterlager werden in allen Städten Deutschlands geheime Werbungen vorgenommen. In Leipzig ist es gelungen, einem der Werber auf die Spur zu kommen. Ein Leutnant namens Merkel suchte dort junge Leute für das Munsterlager zu gewinnen. Er versprach ihnen außer Lösung:

- 19 Mark Zulage für den Tag,
- freie Verpflegung,
- freie Kleidung,
- freie Fahrt über Berlin,
- freie Verpflegung während der Fahrt.

Als Kapit Aufhebung der gegenrevolutionären Formationen neue Anwerbungen für sie! Und die Regierung tut nichts, um den Herren des Handwerks zu legen. Im Gegenteil! Die preussische Regierung hat ihnen zur Belohnung für ihren Hochverrat Land zur Ansiedlung versprochen. Und der Reichspräsident Gebert, ein Führer der Rechtssozialisten, unterschreibt fleißig — Todesurteile gegen Arbeiter. Er hat keine Zeit, sich um diese immerhin nicht ganz unwichtigen Dinge zu kümmern.

## Die Berliner Kommunisten und die Internationale.

Von dem Zentralkomitee nach uns geschrieben:  
Die kommunistische Partei beruht öffentliche Volksversammlungen ein mit der Tagesordnung „Die dritte Internationale an die U. S. P.“ Es ist angekündigt, daß dazu das Zentralkomitee der U. S. P. eingeladen ist. Das Zentralkomitee hat bereits förmlich bekanntgegeben, daß es eine Kommission nach Moskau zur allgemeinen politischen Information und namentlich zum Zweck von Verhandlungen über den Anschluß an die dritte Internationale entsenden wird.

Das Zentralkomitee muß aber ablehnen, diese Frage, die zu entscheiden Sache unserer Partei ist, in öffentlichen Versammlungen zu diskutieren, bis von einer anderen Partei einberufen sind und von Angehörigen einer der bürgerlichen Parteien besucht werden können, und nicht deshalb keine Veranstaltung, an solchen Versammlungen teilzunehmen.

## Die ewige Koalition.

Die bürgerlichen Parteien bereiten sich darauf vor, auch nach dem Wahlkampf die gegenwärtige Regierungskoalition beizubehalten. Nach einigen Äußerungen der Demokraten, die auf solche Absichten schließen lassen, treten nun auch führende Männer des Zentrums für die ewige Koalition ein. In der „Germania“ schreibt Herr Giesberts einen Artikel zu diesem Thema, der allerlei interessante Mitteilungen über die Motive zur Koalition enthält, die zur Koalition geführt haben und die die bürgerlichen Parteien zur Beibehaltung des Blods geneigt machen. Giesberts' Äußerungen sind aber besonders darum interessant, weil sie deutlich erkennen lassen, welche Rolle den Rechtssozialisten in der Regierungskoalition zugewiesen wird.

zunächst gibt Herr Giesberts zu verstehen, daß an eine Koalition mit den Sozialdemokraten erst gedacht wurde, nachdem eine Regierungsbildung nur durch die bürgerlichen Parteien sich als unmöglich erwiesen hatte. Es blieb nur ein Weg, erklärt freudig der Postminister, eine Koalition mit Einschluß der Sozialdemokratie. Aber, plaudert er weiter, als weiterer Grund war maßgebend, daß zur Wiederherstellung der Ordnung und zum Wiederaufbau der Wirtschaft die Wohlfühlensfähigkeit der Arbeiterschaft notwendig war, und sie war nur gewährleistet, wenn große Teile der Arbeiterschaft durch die Beteiligung der Rechtssozialisten an der Regierung am Schicksal dieser Regierung interessiert werden konnten. Hätte man diese Rücksicht nicht waken lassen, so wäre die Sozialdemokratie in das radikale Fahrwasser der Unabhängigen Sozialdemokratie geraten und beide Parteien zu einer geschlossenen Kampfeinheit zusammengeschmiebelt worden.

Herr Giesberts räumt sich also, eine Politik des Bauernanges betreiben zu haben, auf die die Rechtssozialisten hineingefallen sind. Wegen dieser sich darüber selbst mit ihm auseinandersetzen. Herr Giesberts aber sagt weiter, daß die Abwanderung der Sozialdemokraten in die Opposition die Gefahr des Bürgerkrieges heraufbeschworen hätte. Das heißt also, daß diese eventuelle rein bürgerliche Regierungskoalition die Opposition der vereinigten Sozialdemokraten — wie man das wohl das Ding — mit blutigem Terror niedergeschlagen hätte. Denn wie hätte sonst der Bürgerkrieg entstehen können?

Der Zentrumsmann hat den Rechtssozialisten aber noch eine Rechnung zu präsentieren. Er erklärt zwar, daß die drei Regierungsparteien im Wahlkampf und bei der Bestimmung ihres zukünftigen politischen Schicksals völlig freie Hand haben, aber sie müssen von vornherein den Wahlkampf so führen, daß er „dem Interesse der drei Reichsparteien an dem Fortschande der Koalition“ nicht widerspricht. Die Parteien haben gewisse Rücksichten aufeinander zu nehmen und sie werden die gemeinsame führende und gemeinsam zu verantwortende Politik auch im Wahlkampf gegen Angriffe von rechts und links zu vertreten haben.

Giesberts fordert also von den Rechtssozialisten, daß sie in der Wahlbewegung alle Handlungen der bisherigen Koalition beden. Wir erinnern daran, daß dazu auch die Politik der Koste, Heine, Winnig, Edelmann und Konforten gehört, und wir glauben, daß die Rechtssozialisten nach einer Verteidigung dieser Politik im Wahlkampf in Zukunft kaum noch eine Rolle in der Koalition, wenn sie wirklich widerstandsfähig kommen sollte, spielen werden. Denn damit werden sie nur ganz wenige Arbeiter für die Politik einer bürgerlich-ausbeuterischen Koalition einfangen können, und dann verlieren sie nach diesen Offenbarungen Giesberts, für die bürgerlichen Koalitionsparteien jeden Wert.

## Die Verleugung der Wahlfreiheit.

### Saus dem bayerischen Paradies der Reaktion.

Die reaktionäre Regierung in Bayern scheint es darauf anzulegen, das Justizverkommen geordneter Wahlen zu verhindern. In München ist eine Konferenz der kommunistischen Partei, die sich mit der Wahlvorbereitung beschäftigt, von der Reichswehr ausgehoben worden. Die drei Reichstagskandidaten, der Arbeiter-

sekretär Otto Thomas, Redakteur der Münchener „Neuen Zeitung“ und Arbeiter und Arbeiter sind verhaftet worden.

Diesem Wahlterror der bayerischen Regierung mag ein Ende gemacht werden. In München ist immer noch unser Organ „Der Kampf“ verboten. Wo da die freie, unbehinderte Wahlfreiheit nicht, ist wohl das Geheimnis der bayerischen Regierung „von Militärs Gnaden“. Es ist die Pflicht des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, die geordnete, unparteiische Durchführung des Wahlkampfes zu gewährleisten. Solange sie aber den Ausnahmezustand aufrechterhält, dessen Bestimmungen die Maßnahmen der bayerischen Regierung bedingen, solange macht sich die Reichsregierung mitschuldig an diesem Treiben. Sinnes mit dem Belagerungszustand, nicht nur für den Wahlkampf, sondern überhaupt.

## Verurteilungen von Lehrpersonen zur Wahlarbeit.

Das Kultusministerium veröffentlicht einen Erlass, nach dem die Provinzialaufsichtsbehörden und die Regierungen ersucht werden, den Lehrpersonen, die als Kandidaten zur Reichstagswahl aufgestellt oder an der Wahlorganisation in hervorragender Weise beteiligt sind, Urlaubsgesuche zu genehmigen, und zwar für die Kandidaten selbst auf eigenen Antrag vom Tage des Antrages bis zum Wahltag, bei den Wahlführern auf Antrag ihrer Parteiorganisation bis zu einer Gesamtdauer von neun Tagen.

## Die ungarischen Greuel.

Im englischen Unterhaus wurde auf eine Interpellation von ungarischer Seite erklärt, daß die Behauptung, in Ungarn herrsche der weiße Terror, völlig falsch sei. In diesem Sinne wogte auch der ungarische Reichsminister Forst, sich gegenüber einem Mitarbeiter der „Chicago Tribune“ auszusprechen. Und auf seine Einladung sollen Anfang dieser Woche Mitglieder der englischen Arbeiterpartei und des parlamentarischen Komitees der Trade Union in Ungarn eintreffen, um die Beschuldigungen wegen systematischer Verfolgung der Arbeiterschaft und die Verhältnisse in den Internierungslagern zu untersuchen.

Wir wollen zu allen bisherigen Veröffentlichungen über den weißen Terror in Ungarn einige neue prägnante Fälle fügen, die das Interesse und der Nachprüfung durch diese Delegation wert sein dürften.

Der ehemalige ungarische Bataillonkommandant Karl Lormassi, der in Gefangenschaft der Weißen war, berichtet uns über die Geschehnisse in Siofok, dem ehemaligen Hauptquartier Forst, folgendes:

„Am 19. August wurde ich verhaftet und von Budapest nach Szeged gebracht. Hier nahmen mich Hauptmann Morawitz, Oberstleutnant Jembren und die Wachmeister Graf und Kurissan inhaftigt sämtliche Wertgegenstände ab und schlugen mich dann blutig. Darauf wollten sie mich am Ufer der Elbe hängen. Vor meinen Augen brachen sie dem Offiziersstellvertreter Kovacs Arme und Weine und wackten ihn in den Fluß. Jetzt wäre die Reihe an mich gekommen, wenn mich nicht ein anderer hängenlassen Offizier gerettet hätte. So kam ich nach Siofok ins Gefängnis. Hier sah ich zunächst, wie man zwei ungarische Männer, die man an Stelle eines gefallenen Kameraden bestimmtlich verhaftet hatte, tötete. Wir wurden mit Eisenketten und Säbeln gefesselt. Täglich kamen mindestens vier bis fünf Mann an den Folgen der erlittenen Mißhandlungen.“

Am Besipern brachte man 42 Gefangene, die ein Leutnant Lessor übernahm. Er quittierte den Empfang mit einem Schreiben des Inhalts:

„42 Gefangene übernommen und weiterbefördert. Leutnant Lessor.“

Forst bemerkte die Kenntnisnahme von dieser Meldung mit der Blankstimmigkeit „achsen, Forst“. Diese 42 Männer wurden durch Leutnant Lessor und einem Grenzwächter erschossen. Während andere Gefangene das gemeinsame Grab gruben, kam Forst zur Bestätigung der Leichen.

Am selben Ort fand ein zweiter Massenmord statt. 112 Mann wurden mit einem Maschinengewehr zusammen geschossen. In der Umgebung trugen später die Hunde Menschenknochen aus den Feldern in die Dörfer. Im ganzen brachten die Offiziere während des Aufenthalts des Hauptquartiers in Siofok nachweislich 557 Menschen um.

Folgende haarsträubende Vorfälle aus den letzten Wochen werden von einem anderen Augenzeugen wieder gegeben, dem es gelungen ist, nach Wien zu entfliehen:

„Wenn man einen Blick in die Kaserne der Kaiserin in Budapest wirft, wobei die Ocker der Wachabteilung des Oberleutnants Hellas gebräut werden, staunt man, daß alle Soldaten und zumindere Ungarns Offiziersuniform anstrengen hätten, um in der Kaserne ihre abischen Fettschichten aufzuheben zu lassen. In der Mitte der Wache steht ein Tisch. In glänzenden Uniformen kommen die Offiziere, Graf Selin, Sibö und Hejös und andere Rekrutieren. Sie erwarten das erste Opfer, eine junge Frau. Ein Offizier gibt den Befehl „aussteigen“. Trotz ihres Schreies steht sie in wenigen Minuten nackt vor den erschreckten Männern und in aller vergeblicher diebischer Luft lächeln sie sich dann nach einander auf die reglos Dazulegende, bis sie zu Tode gemartert ist. Dann folgen neue Opfer. Sind die Offiziere dieses Spieles müde, so lassen sie die seit Tagen hungernden politischen Gefangenen holen. Die Kleider werden ihnen vom Leibe gerissen. Sodann wählt man einen Mann aus und zwingt ihn, mit den entsetzlichen Martirwerkzeugen und unter Androhung der furchtbaren Körperbeschädigungen eine an den Tisch gefesselte Frau geschlechtlich zu befriedigen. Mit Quers und Fiedeln begleiten die Offiziere diesen grauenhaften Akt.“

Mit heißem Mitleid gedenken wir der unglücklichen Opfer. Wenn die englische Delegation in Budapest eintrifft, so hoffen wir, daß sie auch einen tiefen Blick in diese Gefängnisse wirft. Und wir glauben, daß die Entwürdigung, die in der ganzen Welt auf die grauenvollen Entschlüssen dieser unparteiischen Herren folgen muß, das Schreckenswort der „christlichen“ Regierung mit eint ihren Kreaturen trotz aller Sympathie der Ententeregierungen im Ruhrschleifen wird.

Dankenswerten in Sachsen. Auf Anordnung des Oberpräsidenten Köhler sind alle in der Provinz Sachsen anlässlich der Währungsreform Verhafteten aus der Haft entlassen worden, so weit sie nicht gemeiner Verbrechen beiduldigt sind.



